

## Fünf Vorschläge für mehr Transparenz im EU-Parlament

**Gastkommentar.** Für nachhaltige Transparenz müsste die Öffentlichkeit ihre Möglichkeiten der Mitgestaltung auch kennen und wahrnehmen.

VON PAUL SCHMIDT

Die Glaubwürdigkeit des Europäischen Parlaments leidet angesichts der aktuellen Entwicklungen massiv. Ein bedauerlicher Imageschaden. Behebbar ist dieser nur durch eine klarere Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen.

In der Öffentlichkeit wird Lobbying oft mit Korruption gleichgesetzt. Zu Unrecht: Die Expertise von „Lobbyisten“ ist eine wichtige Informationsquelle für Entscheidungsträger. Klar muss aber sein: Jede Form von Beeinflussung über das sachliche Argument hinaus ist strikt abzulehnen.

### Es geht um kollektive Anliegen

„Lobbying“ und „Interessenvertretung“ werden ebenfalls oft fälschlich synonym verwendet. Während gewerbliche Einzellobbyisten sich meist für wechselnde Partikularinteressen starkmachen, vertreten demokratisch legitimierte Interessenvertretungen umfassende, kollektive Anliegen.

Eine Form der transparenten Interessenvertretung stellt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss dar, in dem die österreichischen Sozialpartner vertreten sind und der in den EU-Entscheidungsfindungsprozess eingebunden ist.

### Für ein „Hohes Haus Europa“

Folgende fünf Punkte könnten helfen, die Arbeit des Europäischen Parlaments transparenter zu gestalten:

► Durch den Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament an Einfluss gewonnen. Die mediale Information über die parlamentarische Arbeit ist jedoch spärlich. Wie wäre es etwa mit einem regelmäßigen TV-Magazin „Hohes Haus Europa“ oder TV-Diskussionsrunden zu Plenartagungen? **Zusatzeffekt:** Mehr Information bringt verstärkte öffentliche Kontrolle und trägt zu mehr Transparenz von Entscheidungsabläufen bei. Mehr Information bringt aber auch ein besseres Verständnis der Bevölkerung für Europa.

► Um deutlicher darzustellen, wie die einzelnen Abgeordneten abstimmen und welche Beweggründe dahinterstehen, sollten alle Plenarabstimmungen namentlich erfolgen. Die Abgeordneten sollten von sich aus ihr Abstimmungsverhalten sowie insbesondere eingebrachte Änderungsanträge öffentlich erklären.

### Verpflichtende Register

► Auf EU-Ebene füllen sich die Lobbyingregister – im Gegensatz zu den USA – auf freiwilliger Basis. Die Einführung eines verpflichtenden, einheitlichen Registers für alle EU-Institutionen inklusive eines moralisch-ethischen Verhaltenskodex wäre sinnvoll. Bei Verdacht auf Straftatbestände sollte eine einheitliche Verfolgbarkeit gewährleistet sein.

► Wichtig wäre auch eine Offenlegung aller Einnahmequellen und jeder Tätigkeit der Parlamentarier. Kontakte zu Lobbyisten und die behandelten Themen sollten öffentlich dokumentiert werden.

### Zivilgesellschaft besser einbinden

► Die Zivilgesellschaft sollte bewusst mehr eingebunden werden. Positiv auswirken könnten sich hierbei die aufgewertete Rolle des Parlaments, die stärkere Förderung des parlamentarischen Petitionsrechts, die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative, die verbesserte Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und ein intensiverer sozialer Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Nachhaltige Transparenz kann letztlich aber nur dann erzielt werden, wenn neue Regeln gelebte Praxis werden und die Öffentlichkeit ihre Möglichkeiten der Mitgestaltung auch kennt und wahrnimmt.

*Paul Schmidt, war von 2006 bis 2009 stv. Leiter der Repräsentanz der Österreichischen Nationalbank in Brüssel und ist heute Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.*

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)